

Bericht zur Haushaltsberatung im Kreistag am 10. Juli 2023

Grundsätzlich finden die Haushaltsberatungen für das Folgejahr am Ende des laufenden Jahres statt. Dies war im Kreis Groß-Gerau zwar auch der Fall, der Kreistag musste im Juli jedoch nochmal nachsitzen.

Was war geschehen?

Im Dezember 2022 brachte der Landrat einen Haushalt für dieses Jahr ein, der ein Defizit von über 23 Millionen Euro vorsah.

Das Regierungspräsidium als zuständige Aufsichtsbehörde hatte dem Landrat bereits im Vorfeld mitgeteilt, dass dem Haushalt in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden würde.

Genutzt hat das nichts, der Landrat hat diesen Hinweis mal eben ignoriert, um ein kommunalpolitisches Zeichen zu setzen. Die Koalition aus SPD/B90/Die Grünen/Die Linke haben dieses Trauerspiel noch unterstützt und den nicht genehmigungsfähigen Haushalt verabschiedet. Seit einem halben Jahr wissen wir, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist.

Was ist seitdem geschehen?

Reichlich wenig, ist die Auffassung der FREIE WÄHLER. Zunächst wurde einmal die Verfügung des Regierungspräsidiums im März abgewartet, indem eine Genehmigung erwartungsgemäß zurückgestellt wurde, da der Haushalt nicht den rechtlichen Rahmenbedingungen entsprach, keine wirkliche Überraschung.

Wie sieht nun das Ergebnis der Bemühungen des Landrates und seiner ihn tragenden Koalition aus?

Im Wesentlichen wurden zwei Maßnahmen ergriffen:

Die Aussetzung der Beiträge zur Hessenkasse in diesem und im nächsten Jahr, damit wird dieser Kreis vertragsbrüchig und die finanziellen Probleme werden nur aufgeschoben und nicht angegangen.

Zudem hat das Finanzministerium eine Ratenpause momentan nur in Aussicht gestellt, eine Genehmigung dazu liegt überhaupt nicht vor!

Dieser Haushalt steht daher auf tönernen Füßen.

Weiterhin erfolgt eine pauschale Kürzung bei den Sach- und Dienstleistungen um 10% und weiteren Anpassungen aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung. Diese Entscheidungen sind eine haushaltpolitische Bankrotterklärung des Landrates und seiner Koalition.

Das Budgetrecht des Kreistages wird dabei umgangen und auf die Verwaltung übertragen, dem können die FREIE WÄHLER nicht zustimmen.

Weiterhin hofft der Landrat auf eine Erhöhung der Bundesmittel aus der Flüchtlingshilfe.

Ab dem Jahr 2024 erfolgt die Streichung der freiwilligen Leistung der Nachhaltigen Sicherung kommunaler Sozialarbeit.

Die zusätzlich beschlossenen Stellen der Koalition im Bereich Wasser- und Bodenschutz in Höhe von 240.000 Euro pro Jahr wurden dagegen nicht angetastet.

Kurz zusammengefasst: Schlechter geht es kaum noch, der Kreishaushalt 2023 ist ein finanzpolitischer Offenbarungseid.

Rolf Leinz

Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Kreis Groß-Gerau

17.07.2023